



IG BAU warnt vor Bezahlung zum Mindestlohn | „13,73 Euro als Minimum“



Duisburg und am Niederrhein: Mehr Geld für 7940 Reinigungskräfte gefordert

Sie reinigen Schulen und Büros, sorgen für Hygiene in Krankenhäusern und Pflegeheimen: Die 7940 Reinigungskräfte in Duisburg und am Niederrhein machen nicht nur in Pandemie-Zeiten einen unverzichtbaren Job. Doch bei der Bezahlung droht den Beschäftigten ein herber Rückschritt. Davor warnt die Gebäudereiniger-Gewerkschaft IG BAU. „Aktuell erhalten Reinigungskräfte mindestens 11,55 Euro pro Stunde – also weit mehr als den gesetzlichen Mindestlohn. Aber der wird schon im Oktober auf 12 Euro steigen. Passiert bis dahin nichts, würden Gebäudereinigerinnen dann mit dem absoluten Lohn-Minimum nach Hause gehen. Für die wichtige und fachliche Arbeit, die sie leisten, ist das eindeutig zu wenig“, sagt Karina Pfau.

Die Bezirksvorsitzende der IG BAU Duisburg-Niederrhein fordert deshalb, dass Beschäftigte auch weiterhin „deutlich mehr als den gesetzlichen Mindestlohn bekommen sollen“ – und zwar mindestens 13,73 Euro pro Stunde. Eine konkrete Zahl, für die die Gewerkschafterin klare Gründe nennt: „Der spezielle Branchenmindestlohn in der Gebäudereinigung lag bisher 1,73 Euro über der gesetzlichen Lohnuntergrenze. Das muss auch so bleiben. Nur wenn die Bezahlung weiter attraktiv ist, wird es Firmen gelingen, überhaupt noch Personal für die Branche zu finden“, so Pfau. Die IG BAU fordert, dass gleichzeitig die Einkommen für Fachleute – etwa in der Glas- und Fassadenreinigung – deutlich zulegen.

Auch mit Blick auf die Preissteigerungen komme es jetzt darauf an, dass die Beschäftigten ein kräftiges Lohn-Plus erhielten. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes erreichte die Inflationsrate im April mit 7,4 Prozent einen neuen Höchststand



Pressespiegel

Ausgabe: 24.05.2022



seit der Wiedervereinigung. „Menschen mit kleinem Geldbeutel wissen oft nicht mehr, wie sie bis zum Monatsende durchkommen sollen. Teure Energie und Lebensmittel machen gerade auch Reinigungskräften zu schaffen. Sie arbeiten oft in Teilzeit und müssen jeden Cent zweimal umdrehen“, so Pfau.

Bei der letzten Tarifverhandlung am 23. Mai habe der Bundesinnungsverband des Gebäudereiniger-Handwerks (BIV) jedoch „nichts vorgelegt, was auf einen schnellen Tarifabschluss hoffen lässt“. Die Arbeitgeber sollten ihre Offerte nun rasch aufbessern – um Ärger mit ihren Beschäftigten zu vermeiden, so die IG BAU Duisburg-Niederrhein. Unter dem Motto „Wir schwitzen nicht für Mindestlohn“ bereiteten sich Reinigungskräfte in der Region schon auf Protest-Aktionen vor. Die Tarifverhandlungen für die bundesweit rund 700.000 Beschäftigten gehen am 2. Juni in Frankfurt am Main in die nächste Runde.

Lokalkompass.de



"Mit diesem Angebot ist die Abwanderung in andere Branchen programmiert"



Ulrike Laux, Mitglied des Bundesvorstandes IG BAU Foto: IG BAU Alexander Paul Englert

*Keine Einigung über den Branchenmindestlohn bei den Gebäudereiniger*innen. Für Anfang Juni ist die zweite Verhandlungsrunde vorgesehen.*

Keine Einigung in der Gebäudereiniger*innenbranche nach der ersten Verhandlungsrunde zum Branchenmindestlohn heute in Frankfurt am Main: "Das Angebot der Arbeitgeber*innen ist viel zu gering, damit kommen die Beschäftigten nicht zurecht. Wir haben eine immens hohe Inflationsrate, die Energiepreise gehen durch die Decke, wie sollen die hart arbeitenden Frauen und Männer damit durchs Leben kommen?", sagt Ulrike Laux, Mitglied des Bundesvorstandes der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) und Verhandlungsführerin. Der Bundesinnungsverband des Gebäudereiniger-Handwerks hatte heute 12,50 Euro als Branchenmindestlohn ab 1. Oktober dieses Jahres vorgeschlagen, das sind 50 Cent mehr als der dann voraussichtlich geltende gesetzliche Mindestlohn. Ab 1. Januar 2024 sollen nach dem Angebot noch einmal 25 Cent hinzukommen, die Gesamtlaufzeit soll am 31. Dezember 2024 enden. Die vorgeschlagenen Steigerungen würden sich auf jede Lohngruppe beziehen. "Mit diesen Erhöhungen lockt man niemanden hinter dem Ofen hervor, der Abstand zum gesetzlichen Mindestlohn muss deutlich höher sein." Die Bundestarifkommission hatte erst vor kurzem eine Steigerung von mindestens 1,73 Euro verlangt, das entspricht dem derzeitigen Abstand zur gesetzlichen Lohnuntergrenze. "Wir wissen alle, gerade auch nach der Pandemie-Zeit, wie wichtig der Job der Reinigungskräfte ist. Aldi und Lidl zahlen ab 1. Juni dieses Jahres 14 Euro Mindestlohn. Dreimal darf man raten, wo es die Arbeitnehmer*innen künftig hinziehen wird", sagt Laux.

Die zweite Verhandlungsrunde ist für Donnerstag, 2. Juni, – wieder in Frankfurt am Main – vorgesehen. Von den rund 700 000 Beschäftigten in der Branche bekommen aktuell etwas 500 000 den Branchenmindestlohn.



Neubau-Ziel der Ampel in Gefahr: IG BAU fordert "Sonderpaket sozialer Wohnungsbau"



Robert Feiger, Bundesvorsitzender IG BAU Foto: IG BAU Alexander Paul Englert

Zu den heute bekannt gewordenen Zahlen des Statistischen Bundesamtes, nach denen im vergangenen Jahr 293 393 neue Wohnungen in Deutschland gebaut wurden (minus 4,2 Prozent zum Vorjahr), erklärt Robert Feiger, Bundesvorsitzender der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU):

"Dass die Zahl der Baufertigstellungen wieder deutlich unter die Marke von 300 000 gefallen ist, ist keine gute Nachricht. Die Bilanz ist deutlich vom Ziel der Bundesregierung entfernt: 400 000 Wohnungen will die Ampel pro Jahr neu bauen. Dazu muss der Neubau allerdings deutlich an Fahrt aufnehmen. Vor allem, um den enormen Bedarf insbesondere im sozialen und bezahlbaren Wohnungsbau zu decken. Aktuell hat gerade einmal einer von zehn Mieterhaushalten die Chance auf eine Sozialwohnung. Es muss also dringend eine 'soziale Wende beim Wohnungsbau' geben. Denn der Bedarf an Sozialwohnungen steigt weiter: Gerade auch für die Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine nach Deutschland geflüchtet sind, muss es genug günstigen Wohnraum geben.



Pressespiegel

Ausgabe: 24.05.2022



Um steigenden Preisen und der Knappheit beim Baumaterial etwas entgegenzusetzen, müssen Bund und Länder in den Turbogang schalten und dringend ein 'Sonderpaket sozialer Wohnungsbau' schnüren: Allein die Reduzierung der Mehrwertsteuer von 19 auf 7 Prozent für den sozialen Wohnungsbau würde einen enormen Zuschusseffekt bringen. Dies würden den Neubau von Sozialmietwohnungen um 10 Prozent günstiger machen. Eine durchschnittliche Sozialwohnung mit 60 Quadratmetern Wohnfläche wäre bei 7-prozentiger Umsatzsteuer um gut 20 000 Euro günstiger zu bauen. Die Zuschüsse könnten an dauerhafte Sozialbindungen der geförderten Wohnungen gekoppelt werden.

Wenn Büros zu Sozialwohnungen umgebaut werden, ließen sich damit gut 8 000 Euro pro Wohnung sparen, da ein Umbau wesentlich preiswerter ist als ein Neubau. Daher sind Bund und Länder gut beraten, beim sozialen Wohnungsbau stärker auf den Umbau zu setzen: Durch die Dachaufstockung bei Altbauten und durch die Umnutzung von Büros oder Parkhäusern können Millionen neuer Wohnungen entstehen. Der Staat muss deshalb jetzt flott Anreize schaffen und das Baurecht vereinfachen, damit dieses Potential genutzt wird. Die Ampel ist heute immerhin genau 166 Tage im Amt. Doch von einer Umbau-Offensive: keine Spur. Dabei kommt es aufs Tempo an: Denn der Wohnungsbau ist vor allem auch ein Rennen gegen die Zeit."

Lokalkompass.de